

Stetigkeit der Produktionswirtschaft zu sichern ermöglichen. Um die deutsche Wirtschaft konkurrenzfähig zu machen, seien eine Vereinigung von unproduktiven Lasten, Verbesserung der technischen und organisatorischen Einrichtungen, ein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu vollziehender Steuerumbau, eine wirtschaftliche Frachtenpolitik, Zusammenfassung der öffentlichen Gelder in der Reichsbank, Förderung deutscher Qualitätsarbeit und vor allem eine Befestigung unserer Wirtschaftsmoral Forderungen der Stunde. Die letzten Schlägen der im Kriege notwendigen Zwangswirtschaft müßten nunmehr ebenso notwendig wie endgültig beseitigt werden. Die Handelsvertragsverhandlungen müßten uns wieder Eingang in die Welt verschaffen, damit wir die „manieren Jahre“ überwinden können. In der Welt schreite, wenn auch allmählich, die Einsicht voran, daß die deutsche Kaufkraft der Welt nur dann erhalten werden könne, wenn auch der Absatz deutscher Qualitätsarbeit drücken geblieben. In diesem Sinne bedürfe es auch die östereichischen Einrichtungen, die Östereiche, als eine fruchtbare Grundlage unserer künftigen Wirtschaftspolitik zum Ausbau unseres Handels mit dem Osten.

Die Entscheidung in der Militärkontrolle wieder verschoben.

Paris, 15. Februar. Der Bericht der Interalliierten Kontrollkommission trifft heute in Paris ein und wird sofort dem Militärischen Komitee in Versailles übermittelt. Nach dem „Journal“ wird die Frage der teilweisen Veröffentlichung des Berichtes nicht eher ins Auge gefaßt werden, als bis er der Besatzungskonferenz vorliegt, was frühestens in etwa zwei Wochen der Fall sein dürfte. Der Bericht soll vierzehn Seiten umfassen.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die Sozialdemokraten zur Bildung einer Volksgemeinschaft bereit.

Berlin, 14. Februar. Der preussische Ministerpräsident Marx hatte heute Mittag mit den Sozialdemokraten eine Besprechung. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie auf die Ausräumung der Verantwortung des Kabinetts der Volksgemeinschaft dem Präsidium eine christliche Antwort zu geben lassen würden. Die Auffassung der Sozialdemokraten gehe dahin, daß eine Koalition nicht eine Gesinnungsgemeinschaft bedeuten, sondern die Aufgabe habe, praktische Ziele zu erreichen. Für die Haltung der Sozialdemokraten sei die Erklärung vom Dezember des verflochtenen Jahres bei der Kabinettsbildung im Reich maßgebend, die Hermann Müller abgegeben habe.

Grundfähig sind die Sozialdemokraten bereit, auf die Anregung zur Bildung einer Volksgemeinschaft einzugehen. Eine endgültige Klärung wird vor Mittwoch nicht zu erwarten sein. Für Montag haben die Sozialdemokraten eine Fraktionsitzung einberufen. Die anderen Fraktionen wollen erst am Mittwoch, vor der Plenarsitzung, zusammentreten.

Der Vizepräsident des Landtages wird bereits am Dienstag eine Sitzung abhalten, um die Geschäftslage zu besprechen und wird ferner über einen Einspruch des kommunistischen Abgeordneten Kollwitz gegen seine Ausschließung aus der Sitzung des Untersuchungsausschusses beraten.

Die preussische Regierungsbildung naht ihrer Vollendung.

Berlin, 16. Februar. Die Antwort der Deutschnationalen auf die Anfrage des preussischen Ministerpräsidenten Dr. Marx, ob sie sich an einem Kabinetts der Volksgemeinschaft beteiligen wollen, hat dieser an den Vorsitzenden der Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. von Lamske weitergegeben und von diesem die Antwort erhalten, seine Fraktion sei bereit, eine Regierungsbildung auf der Grundlage der deutschnationalen Erklärung zu unterstützen. Dr. von Lamske hat sich zu mündlichen Besprechungen darüber zur Verfügung gestellt.

Die Barmats unter dem Kaiserlichen Regime.

Vielfache Verwendung durch die Reichsbehörden. Die Vernehmung des Vorkämpfers v. Maljan in der Donnerstagsvernehmung des vom Reichstag eingesetzten Barmat-Ausschusses ergab interessante Ergänzungen zu den Mitteilungen über die Beziehungen der Barmats zu den kaiserlichen Behörden, die das „Berliner Tageblatt“ schon am 13. Januar machen konnte. Damals haben wir daran erinnert, daß zwei Brüder Barmat während der deutschen Okkupation in Polen von der kaiserlichen Kriegserprobungsabteilung in Lodz als Reheherbe benutzt wurden und daß sie dann später, trotz ihrer Gefährlichkeit, die man in Polen mit ihnen gemocht hatte, gleichfalls noch in der kaiserlichen Zeit zu Lebensmittellieferungen für das Reich herangezogen wurden. Aus der Jugendzeit des Herrn v. Maljan ergab sich nun noch folgendes Bild: Als Herr v. Maljan im Jahre 1917 nach dem Haag kam, bestanden die Verbindungen mit den Barmats bereits. Ihr Zweck sei gewesen, mit ihrer Hilfe auf die Neutralisation russischer Meeresflächiger hinzuwirken. Außerdem sei es auch wohl darauf angekommen, Lebensmittel nach Deutschland einzuführen. Bekannt sei gewesen, daß Barmat stark renommiert habe mit seinen Beziehungen zu Politikern. Auf Anfrage teilte Herr v. Maljan mit, daß sich Barmat nicht gekümmert habe, zu dem Reichspräsidenten Beziehungen zu haben. Die Frage des Abg. Aufhäuser, ob nicht im Kriege schon durch die kaiserliche Regierung Barmat benutzt worden sei für eine proudeutsche Propaganda, beantwortete Herr v. Maljan dahin, daß in der Tat mit diesem solche Versuche gemacht seien. Zu einem Erfolg hätten die Bemühungen damals und später nicht geführt. Gern habe man auch Beziehungen im Kriege und nach diesem zu ausländischen Sozialisten gesucht, um auch durch diese zugunsten Deutschlands zu wirken. — Aus alledem ergibt sich, daß der Versuch, das Hochkommen der Barmats und ihre Beziehungen zu den Reichsbehörden ausschließlich der Republik in die Schuhe zu schieben, eine Unrechtfertigkeit bedeute und daß die Lobredner der monarchischen Zeit alle Ursache hätten, vor ihrer eigenen Tür zu stehen.

Reichsanwalt a. D. Bauer interveniert. Berlin, 14. Februar. Reichsanwalt a. D. Bauer hat an den Bezirksverband Berlin der sozialdemokratischen Partei laut „Vorwärts“ ein Schreiben gerichtet, in dem er unter Bezugnahme auf den Beschluß des engeren Vorstandes, der den Ausschluß Bauers aus der Partei empfiehlt, erklärt, der im „Vorkämpfer“ veröffentlichte Amerimabrief entspreche nicht den Tatsachen. Er wolle den Beweis führen, daß der Brief in keinem Punkte zutreffend sei und bitte daher, dem Beschluß auf Ausschluß aus der Partei einstweilen nicht zuzustimmen.

Differenzierung in Grenoble.

Die nationalsozialistische Wochenchrift „Aux Scouts“ greift den deutschen Sozialdemokraten Differenz an, weil er auf dem Parteitag in Grenoble kein Wort der Mißbilligung gegen die deutsche Regierung ausgesprochen habe. Bis jetzt bezeichnet es als einen „Standal“, daß die französischen Sozialisten dieses Verhalten ihres deutschen Genossen nicht nur schweigend hingenommen, sondern seine Äußerungen ausdrücklich durch Beifall billigten.

Der französische Angriff auf Differenz kennzeichnet die Anwürfe der deutschen Nationalisten und ihrer Presse, die bekanntlich behauptet hatten, Differenz habe die französischen Sozialisten zum Kampf gegen die deutsche „reaktionäre“ Regierung aufgefordert.

Vollständiger Mord in Sofia.

Sofia, 14. Februar. Die wurde der bulgarische Abgeordnete und neuernannte Botschaftler Nikolaus Nicoloff gestern Abend auf einer Hauptstraße der Stadt von einem Unbekannten durch vier Revolvergeschosse ermordet.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 14. Febr. Das deutsch-polnische Reichsabkommen, das deutsch-österreichische Reichsabkommen, das deutsch-italienische Reichsabkommen und das deutsch-ungarische Reichsabkommen mit Portugal werden den nächsten Tag in den Reichstagen übergeben.

Darauf wird der Gesetzentwurf über die Todesstrafe im Kriegswesen in erster und zweiter Lesung angenommen. Bei Kriegswesen soll künftig ein Todesstrafe ein gerichtliches Verbrechen angenommen werden, und zwar der 10. Januar 1920, der Tag des Friedensschlusses.

Die Beschlüsse über die weitere Zulassung von Hilfsmitgliedern im Reichsamt wird angenommen.

Das höhere Schulwesen.

Zur Beratung gestellt werden dann die Anträge Dr. Scholz (D. Vp.), Mümm (Dn.), Müller-Franken (Soz.) und Koch-Beser (Dem.), die den Wegfall der höheren Schulen betreffen.

Abg. Döwenstein (Soz.) nennt es ein dauerndes Verdienst der Nationalversammlung, daß sie wenigstens ein Gesetz auf dem Gebiete der Kulturfragen zustande gebracht habe, nämlich das Grundschulgesetz. Seitdem sei die Initiative der Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete erloschen. Der Redner fordert die Bildung eines Reichskulturrates. Der Redner verlangt die vierjährige Grundschule, auf der sich dann die achtjährige höhere Schule aufbauen soll. Die Sozialdemokratie werde die soziale Schule erziehen.

Abg. Dr. Philipp (Dn.) wendet sich gegen die Verkürzung der Schulzeit in der höheren Schule und fordert ein Gesetz zum Schutze der neunjährigen höheren Schule. Mit den Schulerperimenten müsse man jetzt aufhören.

Abg. Dr. Kunkel (D. Vp.) erklärt, die Deutsche Volkspartei stehe durchaus auf dem Boden der Grundschule. Der Redner tritt gleichfalls dafür ein, daß eine Möglichkeit geschaffen werde, die Grundschule auch in drei Jahren zu absolvieren. Vier Jahre lang begabte Kinder in der Grundschule festzuhalten, bedeute eine Verwundung an der Seele dieser Kinder.

Abg. Dr. G. v. (Dem.) hält ein Rahmengesetz für notwendig. Um eine Herabsetzung des Schulwesens zu vermeiden. Die Schulhöflichkeit der Länder solle dabei nicht angefaßt werden. Wenn den Ländern höhere Schullasten aufgebürdet werden sollen, muß das Reich dafür aufkommen. Auf der Grundschule lasse sich die Begabung der Kinder noch nicht übersehen. Der Redner fordert Schaffung eines Lehrplanes, der eine abgeschlossene Bildung für einen praktischen Beruf ermöglicht.

Abg. Rheinländer (Ztr.) fordert, daß ein einheitlicher Bildungsgedanke das ganze Schulwesen vom Kindergarten bis zur Universität durchdringe. Ob die Grundschule mit drei oder vier Jahren auf die Dauer betrieben werde, müsse erst die Erfahrung lehren. Vom Standpunkt der religiösen Erziehung müßte die Aufhebung der Differenzierung der Grundschule zugunsten begabter Kinder das Ausgehen der konfessionellen Schule sein. Dazu könne das Zentrum die Hand nicht bieten.

Abg. Hörnle (Rom.) fordert Herabsetzung der Klassenfrequenz und Verbesserung der Lehrmethode. Schulpolitik und Weltanschauung seien nicht zu trennen. Sämtliche Anträge werden darauf dem Bildungsausschuß übergeben.

Es folgt die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Aufhebung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufnahme von Auslandskrediten durch Gemeinden und Gemeindeverbände. Die rechtsgültige Aufnahme von Krediten im Ausland soll mit Zustimmung der Länder gestattet sein.

Abg. Dr. Witz (Zentr.) stellt fest, daß bei dieser wichtigen Beratung kein Regierungsvertreter anwesend sei.

Abg. Müller-Franken (Soz.) beantragt mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Finanzministers die Aufhebung des Gegenstandes.

Das Haus beschließt demgemäß und vertagt sich auf Montag 8 Uhr: Haushalt des Reichsministeriums.

Aus Stadt und Land. Aus, 16. Februar 1926.

Die Honorarforderungen Werthauers an den sächsischen Staat.

Der jetzt verhaftete und wieder freigelassene Justizrat Dr. Werthauer hat, wie bereits berichtet, vom sächsischen Staat die Zahlung eines Honorars in Höhe von 4 Millionen Goldmark für seine juristische Tätigkeit bei der Auseinandersetzung mit dem früheren sächsischen Königslande verlangt. Seine Forderung wurde aber mit der Begründung abgelehnt, daß der frühere Ministerpräsident Dr. Ragner ihn auf eigene Faust dazu beauftragt habe. Nun ermächtigte Dr. Werthauer seine Forderung auf 320 000 Goldmark und jetzt auf 230 000 Goldmark. Auch diese Forderung wurde abgelehnt. Darauf verlangte Werthauers Sojus den sächsischen Staat auf eine Honorarzahlung von 10 000 Goldmark, um zunächst bei der „Neuen“ Forderung ein Urteil zu erzielen. Neuerdings hat er durch die radikal sozialistische Korrespondenz eine Erklärung veröffentlicht, worin er erneut behauptet, der genannte Auftrag sei ihm auf Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums erteilt worden. Demgegenüber wird vom Ministerpräsidenten Heß antwortend erklärt, daß diese Behauptung in allen Teilen unwahr ist.

Das Frühjahrswetter. Die Frage nach der diesjährigen Frühjahrswitterung beantwortet der bekannte Meteorologe Dr. Franz Bauer, St. Wasen im Schwarzwald, mit folgenden Vorhersagen: Der Frühling (März und April) 1926 wird in Deutschland mit einer Wahrscheinlichkeit von 70 vom Hundert wärmer als normal sein, mit einer Wahrscheinlichkeit von 80 vom Hundert wird seine Durchschnittstemperatur zwischen 2,0 Grad Celsius über und 1,0 Grad Celsius unter der normalen liegen und mit 92,5 vom Hundert Wahrscheinlichkeit ist zu erwarten, daß der Frühling weber sehr warm noch sehr kalt sein wird. Die Wahrscheinlichkeit für einen sehr kalten Frühling insbesondere ist im Jahre 1926 so gering, daß dieser Fall als ausgeschlossen gelten kann. Man wird bemerken in Deutschland in diesem Jahre mit einem im Durchschnitt ziemlich normalen, eher zu warmen als zu kalten Frühling zu rechnen haben. Diese Vorhersage Bauers beruht ebenso wie seine Vorhersage eines ziemlich milden, schneearmen Winters, die bekanntlich eingetroffen ist, auf einer statistischen, von Bauer aufgestellten Verknüpfung der Wahrscheinlichkeitsrechnung und Wettertheorie mit neuen Forschungsergebnissen der statistischen Meteorologie.

Beamtenabbau. Von dem Beamtenabbau in Sachsen sind bisher 915 Staatsbeamte und 1428 Staatsangestellte betroffen worden.

Osterfest. Der Prüfungsausschuß des Landtages behandelte die Frage eine Festsache des sächsischen Philologenvereins, die sich mit der Festlegung des Osterfestes auf einen bestimmten Tag beschäftigte. Der Ausschuss beschloß, die Festlegung zu erforschen, wegen der Festlegung des Osterfestes erneut bei der Reichsregierung vorzulegen zu werden.

Vorfahrungen gegen Eisenbahn-Unglücke. In der zur Verhütung von Eisenbahnunfällen wichtigen Frage der Übertragung der Streckensignale auf die fahrenden Züge haben kürzlich eingehende Verhandlungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft stattgefunden. Die Deutsche Reichsbahn wird kein Mittel unterlassen, um ein Überfahren des Haltesignales künftig zu verhindern. Es sollen alle Vorklänge und Einrichtungen für Signalübertragungen, automatische Bremsen, Anfallsignale und Verbesserungen der Lichtsignale planmäßig nachgeprüft werden, insbesondere soll die Signalübertragung nach dem System Truchsal-Von Braam weitgehend ausprobiert werden.

Polizeiverkehr. Ein Bettler wurde festgenommen und wegen Verlebens mit 2 Tagen Haft bestraft. — Am Freitag, den 13. Februar wurde durch die hiesige Sicherheitspolizei eine allgemeine Kraftwagenkontrolle vorgenommen. 35 Wagen wurden demontiert angehalten. Ein Wagen aus Dresden wurde nicht vom Herrn im Wagen über den Halter, sondern von einem andern Herrn gefahren, außerdem war der Wagen nicht ordnungsgemäß zugelassen. Ein anderer Wagen aus Johannisberg wurde deshalb beanstandet, weil von der Inspektion die Zulassungsbekanntmachung nicht mitgeführt wurde.

Erzgebirge und Sachsen.

Beirfeld. Wahlversprechen. In der ersten Sitzung der hiesigen Gemeindeverwaltung veranlaßte die Linksfraktion die Festlegung der Vorbesitzverhältnisse; da sie nicht gehörig vorbereitet seien; in der zweiten Sitzung wurde Bürgermeister Andreas als Vorbesitzer gewählt; gegen diese Wahl erhob die Linke Einspruch, da Paragraph 46,2 der Gemeindeordnung und Paragraph 2 der Geschäftsordnung nicht beachtet seien.

Annaberg. Der Frohnauer Hammer. Der alte Hammer, ein Wahrzeichen des Silberbergbaues, soll wieder in Betrieb gesetzt werden. Nach Ausgrabung des Erdreiches sind die Pfeiler und Stützpfeileranlagen eines der Umboße trotz der Jahrhunderte unverändert geblieben. Jedoch mußte die zerbrochene Radwelle, das überhöchste Wasserrad und das Flußrad erneuert werden. Allerdings fehlen dem Hammerwerkzeuge hierzu auch die nötigen Mittel. Zu welchem Zwecke die Hammer nutzbar gemacht werden sollen, ist noch nicht entschieden. Vorgeschlagen wurde u. a. die Ausprägung von Hammermünzen.

Lichtenstein-G. Der Raichewagen auf dem Bosenmarkt. Am Donnerstag vormittag rammte ein scheu gewordenes Pferd mit dem Raichewagen in das Marktgerüst, warf Stände und Ärbe um und richtete durch Verwüstung von Lebensmitteln bedeutenden Schaden an. Mehrere Personen wurden verletzt. Zwei Frauen kamen unter den Raichewagen zu liegen.

Glauchau. Schulfrauen. Die Gründung einer höheren Handelsschule (Handelsrealschule) wird Her erste Industrie und Handel beschäftigten, Beiträge zu dem höchsten Aufwand für die Handelsrealschule zu geben. In der letzten Sitzung des Stadtrates beschäftigte man sich mit dem Plan und beschloß gegen vier Stimmen, die Stadtverordneten zu ersuchen, die Errichtung der Handelsrealschule zu genehmigen.

Selig. Mäßigkeitsflucht eines Berbers. Ein Einbrecher, dem man die Teilnahme an einer großen Reihe von Einbrüchen in Polizeigewahrsam in volkstümlichem Gewahrsam befand, schloß, als sein Wärter die Reiteröffnung diesen zur Seite und sprang zwei Stod-

Mr. D. Belp. Staatsger. dem Auftr. wie das B. ist, in der H. sten der H. tag, 20. B. des Jm B. sem an. G. eine Chrb. von 600 a. Die B. wem der W. sei, beantw. oder 19. B. und zwar i. Präsidenten. dabei auf. habe, wider. tun sollen. der „Nord. deutschen. Luftleb. die Zentral. möglich. erb. mann Jette. Rele. diese hätten. des eventue. des sollen. Frage der. abermals. Hugo Stimm. Anna. Behn. Betätigung. schränkt ber. auf die Erm. mer einbring. diesen, erk. den sich im. hung gemad. hest. Auf d. liches Parte. habe er so. Nachprüfung. digungen vor. In der. Kref. und de. teilt worden. leiteten Reie. schlag. auf. Hochgeben. Lager der B. Rauchs hab. dann also. zettel“ zu gel. was er seine. Neuman. zu dem Mon. schreibt: „M. Oberberger. ter von mir. Des. (10. Fortsetz. Eben wa. gen vor dem. schlag auf. Baron S. bediensteten. bigem Auftr. Auch sein M. „Auf W. Mit die. ihm, und in. „Also in. fomisch, daß e. sich denkt. für Berlin. fest entschlo. Gedanken da. Ordentlich ab. „Nun so. liebes Berlin. man, so wie i. ächt und au. „Ach, S. sehen und al. ein jeder an. Sitten und G. manchmal ein. wenn ich die. seilzettel. um. kann nicht j. fast, das Tenn. wohl auch sch. Mit Bly. benehnt und. begehrend au. ganze Welt in. seines Besten. Andem f. einem Tucht. tig um ihre m.